

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667.  
Für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3686—3698. Telegramm-Adresse:  
Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark.  
Monatlich 4,20 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Mischel.  
Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 3 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile  
20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.  
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Anwärtz 20 Pf.] • Nr 595 • A 301 DONNERSTAG, 18. DEZEMBER 1930 MORGEN-AUSGABE • V

## Völkische Sprach die Wahrheit:

„Schlesien ist eine uralte deutsche Kolonie“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 17. DEZEMBER

Am Sonntag spielte sich heute ein Völkischungsprozess ab, in dem es sich um die historische Rolle Völkischums während des Kampfes um Oberschlesien handelte. Angeführt war ein Angehöriger der völkisch-demokratischen Partei wegen der Behauptung, daß Völkischum im Jahr 1919 den polnischen Oberschlesien, die ihn um finanzielle Unterstützung angingen, keine Hilfe versagt habe. Er habe ihnen vielmehr erklärt: „Es geschieht auch nach Schlesien. Aber Schlesien ist doch eine uralte deutsche Kolonie!“

Dem Angeklagten, der in erster Instanz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, gelang der Nachweis, daß sich die Dinge nicht so abgespielt hätten. Eine große Zahl von Zeugen, u. a. mehrere Abgeordnete, erklärten übereinstimmend, daß sie sich deutlich dieser Worte des Völkischens erinnern könnten. Völkisch habe die polnischen Delegierten stets etwas unwillig empfangen, ohne sich durch sie in seiner Beschäftigung, wie zum Beispiel Wälschitzki, Piren zu lassen.

Das Gericht verzichtete schließlich auf weitere Beweiserhebungen, da der Beschuldigte in ihm einmündlich erfascht. Der Angeklagte wurde demgemäß freigesprochen.

## Preis-Frage

Der Preisentscheidungs-Ausschuss des Reichsstaatsbrotbrot hat mit seinem Entschluß, vor Weihnachten keine Aktion mehr zu unternehmen, den Beschäftigten die Rechnung getragen. In das Weihnachtsgefehl, das allmählich trotz aller Erdwürerungen doch noch in Gang gekommen ist, soll keine neue Beunruhigung hineingetragen werden. Die Zurückhaltung der Käufer soll, soweit sie physiologisch und nicht wirtschaftlich bedingt ist, keine weitere Stützpunkt neue Preisregierungsmaßnahmen und die dadurch ausgelieferte Spannung auf weitere, unmittelbare bevorstehende Preisentwürfen erhalten. Andere Maßnahmen sollen vorbereitet werden, die zwar nicht unmittelbar aber doch auf die Dauer eine wirksame Senkung der Preise auch bei Gegenständen des höchsten Bedarfs bringen sollen.

Die Pause war durch die Entschärfung der Dinge notwendig geworden. Allmählich hatte sich der Druck der Preisentfaltung entspannt, der Käufer in einer Richtung festgelegt, die nicht mehr den noch vorhandenen Möglichkeiten entspricht. Er hatte sich einseitig, nicht zuletzt durch die Maßnahmen der Regierung veranlaßt, auf das letzte Glied der Kette der Verteilung konzentriert. Abgesehen davon, daß der Einzelhandel Tag für Tag die Wünsche, Hoffnungen und auch Enttäuschungen der Konsumenten auszubilden hat, war die Entlastung der Handelspanne nicht zu vermeiden, denn die Vermittlungen der Regierung bisher in erster Linie geblieben waren.

Aber gerade an diesem Punkte scheinen die Möglichkeiten für weitere Entfaltungen tatsächlich ziemlich erschöpft zu sein. Es wird niemand behaupten wollen, daß auf der Handelspanne nicht noch dieses und jenes abgegriffen werden kann. Es gibt immer noch Möglichkeiten der Restitutions- und Gewährleistungen, die auch einer anderen Zeit Raum und noch nicht bestellbar sind. Es ist auch vor allem die Frage der Uebertragung des Handels noch keineswegs befriedigend gelöst. Aber der Einzelhandel hat den überzeugenden Nachweis führen können, daß wesentliche Preisreduktionen in seinem Gebiet und auch auf Kosten der Handelspannen erfolgt sind. Es haben sich dem Käufer weniger bemerkbar gemacht, weil sie lange vor dem Einleiten der offiziellen Preisentscheidungs-Kampagne in einem größeren Zeitraum während der Winterzeit erfolgt sind. Sie haben für manche Gegenstände des höchsten Bedarfs, die auch für den Arbeiterhaushalt wichtig sind, über 10 v. H. in einigen Fällen sogar 20 v. H. erreicht. Sie sind allerdings, was auch festzustellen werden muß, im Laufe dieses Jahres durch Erhöhung der Mieten, Steuern, Soziallagen, der Verkehrs- und Verkehrsstrafe zum Teil wieder kompensiert worden.

Man darf dem Einzelhandel also schon glauben, daß von seiner Seite weitestgehend für den Fortgang der Preisentfaltung nicht mehr getan werden kann. Man kann auch die Berechtigung der Klagen anerkennen, daß die Preisentfaltungs-Berufe bis zu einem gewissen Grade das Geschäft verdrängen hat. Aber darum kann doch die Fortsetzung aus diesen Gründen nicht lauten, daß die Regierung der Preisentfaltungs-Aktion bereits jetzt einen Schlussstein setzen soll. Reichsstaatsbrot-Büro hat die Antwort auf diese Forderung bereits im Reichstag in seiner Rede zu der Vorbereitung gegeben: „Wir sind um ihr bereit, daß, wenn der von uns erstrebte Preis in dem Zeitraum, in dem Preis erreicht ist, die Regierung öffentlich liegen wird, daß das Ziel erreicht ist. Aber zur Zeit ist dieser Punkt der Preisentfaltung nicht erreicht.“

Diese Haltung wird vor allem durch das Ziel bestimmt, das Mindestausmaß der Preisentfaltung mit dem Ausmaß des Lohnabbaus in Einklang zu bringen. Es sind eine ganze Reihe von Schiedsgerichten in der letzten Zeit ergangen, die — soweit sich bisher übersehen läßt — mit der einzigen Ausnahme der Metallindustrie des Reichs' Auslösung eine Lohnsenkung ergoht haben. Die Lohnsenkung beträgt — in Gruppen meist — 4 bis 7 v. H. Da die Ausgaben für Wohnung, Steuern und Soziallagen für die nächste Zeit sich kaum erniedern werden, kann man sich ausrechnen, wie hoch die Entlastung der Preise für den Lebensunterhalt sein muß, wenn eine Senkung des Reallohns vermieden werden soll.

Wenn die Preisentscheidungsaktion weitergeführt werden soll, muß der Nebel an der richtigen Stelle angebrochen werden. Er muß angelegt werden bei den Grundstoffen und den Verbrauchsgütern, die in allen Zweigen der Wirtschaft eine Rolle spielen, bei den Verbrauchsstoffen. Die Aufgabe, die die Aussprüche im Preisentscheidungs-Ausschuss in

## Siegreiche Revolution in Guatemala

Nach einem Staatsstreich der alten Regierung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 17. DEZEMBER

Nach einem ausfallsreichen Telegramm des amerikanischen Geschäftsträgers in Guatemala ist dort am Dienstagabend ein Revolution ausgebrochen. In verschiedenen Teilen der Hauptstadt ist es zu blutigen Kämpfen gekommen. Nach Privatmitteilungen soll eine provisorische Regierung gebildet worden sein, die deren Präsident Manuel Orellana an der Spitze ist. Bei den Kämpfen soll der frühere Kriegsminister um Leben gekommen sein. Zur Zeit herrscht völlige Ruhe.

Diese Meldungen sind bestätigt durch ein Telegramm, das der Gesandte von Guatemala in Washington erhalten hat. Die Ursache der Revolution ist in der weit verbreiteten Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung des Präsidenten

schon zu sehen. Präsident Chacón ist letzte Woche schwer erkrankt, und der Kabinettchef beschloß daraufhin, Manuel Palma als stellvertretenden Präsidenten einzusetzen. Die Revolutionäre haben nunmehr offenbar die Gelegenheit gefunden, gegen Palma, der ein intimer Freund Chacóns ist, loszugehen.

Die Ironie des Schicksals will es, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, die bereits während der revolutionären Revolution in schwere Verlegenheit wegen des Problems der Anerkennung der revolutionären Regierung geraten ist, jetzt auch gegenüber Guatemala die gleichen Schwierigkeiten hat. Gerade einen Tag vor der Revolution hat nämlich Präsident Hoover offiziell die Anerkennung durch den stellvertretenden Präsidenten Palma anerkannt und ihm ein herzliches Telegramm mit den besten Wünschen für die Durchführung seines Amtes überreicht.

Wunsten eine Gefährdung, an der sich die Welt von Spanien mit 200.000 Soldaten beteiligte.

Der vorletzte internationale Ermittler Ricardo Samora soll sich als Chef der Unparteilichkeit betätigt haben. Die Verhandlungen sind jedoch. Vielen Militärs und Vertretern der Bewegung ist es aber, sich in Sicherheit zu bringen.

## Gegen politisches Rowdytum

Verschärfte Waffenbestimmungen

Der Reichsmittler des Innern hat dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes gegen Waffenspekulation vorgelegt. Die entscheidenden Bestimmungen lauten u. a.:

Wer außerhalb seiner Wohnung, seiner Geschäftsräume oder seines beschriebenen Bestimmung eine Waffe führt, die ihrer Natur nach dazu bestimmt ist, durch Gift, Stoß oder Gift-Verletzungen zu verletzen (Pistolen, Revolver, Gewehre), wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr, wenn mildernde Umstände vorliegen, mit Geldstrafe bestraft.

Wer gewalttätig mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Eine Reihe von Vorschriften in den letzten Monaten hat gezeigt, daß ein grundständiges Verbot des Führen von Gift- und Giftwaffen in der Öffentlichkeit nicht genügt. Immer wieder ist bei Zusammenkünften politischer Gruppen aus den Straßen von Waffen oder der Gebrauch gemacht worden. Jahrelange Verbote und schwere Körperverletzungen waren die Folge dieser Auswüchse. Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und zur Befriedigung des politischen Lebens sind derzeitigen Ausföhrungen mit aller Strenge entgegenzutreten werden. Der Abschnitt II des Gesetzesentwurfs enthält daher eine scharfe Strafandrohung gegen das bewaffnete politische Bandentum.

## Wie der spanische Putz zusammenbrach

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 17. DEZEMBER

Am Laufe des heutigen Tages hat sich die Lage in Spanien ganz wesentlich geföhrt, wie man jetzt nach Wiedereröffnung der Telefonverbindungen feststellen kann. Die Strafe hat überall im Norden und im Westen sich festgesetzt. Die organisierte Arbeiterkraft tritt diesmal in großer und geringer Zahl hervor, abgesehen von einzelnen Städten. Die Zivilpersonen, die von den Revolutionären bewußt wurden, waren evakuierte Elemente und Janhagel, die den Stützpunkt für Arbeiterströme, Studenten und Zivilbevölkerung bilden sollten.

Die große Umsturzbewegung ist somit als gescheitert zu bezeichnen, vor allem, weil die Madrider Garnison sich nicht angeschlossen hat. Es kann aber als sicher gelten, daß man die Regierung, d. h. die Unhaltbarkeitsfrage und die Interessenfrage, zum Teil gewonnen werden; denn die Revolutionäre haben bisher nicht nur mit den Fliegern des einen Flugplatzes geordnet, sondern diese nur sehr wenig Bomben zur Verfügung zu geben. Der allgemeine Eindruck ist, daß, wenn es gelang, wäre auch nur ein Regiment in Madrid mitzuführen, die Gefangene jetzt ganz anders sein könnte. Gütige ein Regiment losgeschickt, wäre es jedenfalls nicht allein geblichen.

Freilich ist zu bedenken, daß der den verschiedenen Regimenten zur Verfügung gestellte Munitionsvorrat aus unvollständigen Nachrichten sehr tief bemessen ist und daß die größeren Armeen nicht durchzuführen können, ohne vorher die Munitionsdoppele in ihre Hände bekommen zu haben. Nur die sogenannten Guardia Civil wie auch die Gendarmen hatten Munition in Ueberflut und bekamen auch vor längere Zeit schon viele Munitionsgewehre von Infanterieregimenten angestellt. Die Guardia Civil hat sich auch diesmal wieder ausgezeichnet in der Verteilung des Schusses bewährt. Monarchistische Kreise begannen zu ihren